

PAUL SPRUTE

Die Nachleben der Solidarität

Ideen und Praktiken des »Solidaritätsdiensts International« im vereinigten Deutschland

»Eindeutig ist es mir die liebste Gabe,
die ich seit langem für mich selbst verfügt,
Daß ich die Kraft zur Solidarität noch habe
– das tröstet mich, stimmt mich sogar vergnügt.«¹

»Noch die internationale Solidarität?«: Diese Frage stellte sich im Zuge der deutschen Vereinigung 1989/90 einer Vielzahl (ehemaliger) DDR-Bürgerinnen und Bürger, die an den internationalen Solidaritätsaktionen als Teil der von offizieller Seite propagierten Staatsräson mitgewirkt hatten.² Mit dem Ende der DDR wurde der Wert dieser Ideen und Praktiken zwar infrage gestellt, sie schienen aber mitnichten dermaßen bankrott zu haben wie das Staatswesen als Ganzes.³ Es scheint tatsächlich plausibel, dass sich eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung auf die grundsätzliche Unterstützungswürdigkeit dieser Aktivitäten hatte verständigen können. Dieser Eindruck wird durch den Wiederhall bestärkt, den anlassbezogene Spendenaufrufe über die quasi obligatorischen monatlichen Spendenbeiträge hinaus in der DDR-Bevölkerung gefunden hatten.⁴ Weiterhin lässt sich von einem gewissen gesellschaftlichen Konsens der internationalen Solidarität in der DDR sprechen, da sie sowohl vonseiten der offiziellen DDR als auch von undogmatischeren Kreisen, zum Beispiel unter dem Dach der Kirche, vertreten wurde.⁵

Diese unterschiedlichen Bezugnahmen auf »internationale Solidarität« lässt die Beschäftigung mit diesem Themenfeld auch über das Ende der DDR hinweg als lohnenswert erscheinen. Tatsächlich bedeutete der Zusammenbruch der SED-Herrschaft mit der Maueröffnung kein Abrücken von Ideen und Praktiken, die mit internationa-

1 Sigrid Papadimitriu, Die Postmappe: Der Brunnen, in: SODI-Report, 1997, Nr. 4, S. 7.

2 Einen guten Überblick bietet Detlev Brunner, DDR »transnational«. Die »internationale Solidarität« der DDR, in: Alexander Gallus/Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Deutsche Zeitgeschichte – transnational, Göttingen 2016, S. 64–80. Parallel zur DDR gestalteten die politische Linke und Gläubige in der Bundesrepublik ihre eigene internationale Solidarität. Vgl. Frank Bösch/Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.), Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018. Zu dem Wirken der Solidarität in der DDR-Öffentlichkeit vgl. Gregory Witkowski, Between Fighters and Beggars. Socialist Philanthropy and the Imagery of Solidarity in East Germany, in: Quinn Slobodian (Hrsg.), Comrades of Color. East Germany in the Cold War World, New York/Oxford 2015, S. 73–94. Zu der Funktionsweise der Solidarität auf (zwischen-)staatlicher Ebene vgl. Toni Weis, The Politics Machine. On the Concept of »Solidarity« in East German Support for SWAPO, in: Journal of Southern African Studies 37, 2011, S. 351–367.

3 Ulrich Mühlert/Gerd-Rüdiger Stephan, Blaue Hemden – Rote Fahnen: Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996, S. 187–188.

4 Vgl. Frank Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken, in: Bösch/Moine/Senger, Internationale Solidarität, S. 7–34, hier: S. 24 und 32.

5 Vgl. Maria-Magdalena Verburg, Ostdeutsche Dritte-Welt-Gruppen vor und nach 1989/90, Göttingen 2012.

ler Solidarität verknüpft waren. Zwar rückte das internationalistische Anliegen etwas aus dem Blick der ostdeutschen Öffentlichkeit, allerdings fanden sich um 1990 auch Engagierte, die der internationalen Solidarität gerade in einem demokratisierten Staat neue Geltung verschaffen wollten. Sie sollte sich im Sinne einer gleichberechtigten Entwicklungspolitik mit einem umfassenden politischen Anspruch neu etablieren. Da der »Zentrale Runde Tisch« als entscheidendes Gremium der Demokratisierung in der DDR Belange der internationalen Solidarität nicht berücksichtigte, beriefen professionelle Protestanten um Walther Bindemann von der Evangelischen Akademie den »Entwicklungspolitischen Runden Tisch« (ERT) ein.⁶

Am ERT trafen Solidaritätsbewegte, die sich als nonkonformistisch ansahen und die sich zu DDR-Zeiten etwa im Arbeitskreis INKOTA unter dem Dach der Evangelischen Kirche versammelt hatten, auf die verunsicherten Vertreterinnen und Vertreter vormals staatsnaher Solidaritätsstrukturen.⁷ Unter ihnen waren sowohl Repräsentanten verschiedener staatlicher Organe als auch des »Solidaritätskomitees«. In der zersplitterten institutionellen Landschaft der DDR war das Solidaritätskomitee die einzige Einrichtung gewesen, die sich ausschließlich der internationalen Solidarität gewidmet hatte. Das 1960 begründete Komitee war als koordinierende Einrichtung mit der Organisation (beispielsweise dem Transport) materieller Hilfe für die dekolonisierten »neuen Nationalstaaten« und der Einwerbung von Spenden in der DDR betraut gewesen.⁸ Getragen von der »Nationalen Front« und maßgeblich von deren Massenorganisationen finanziert, begann das institutionelle Fundament des Solidaritätskomitees mit der rasch abnehmenden offiziellen Durchwirkung der ostdeutschen Gesellschaft nach der Maueröffnung zu bröckeln. In Reaktion auf das Verschwinden seiner Arbeitsgrundlage löste sich das Solidaritätskomitee Anfang des Jahres 1990 auf und ging in dem Nachfolgeverein »Solidaritätsdienst International« (SODI) auf.⁹ SODI, angelegt als transparent agierende und partizipative Einrichtung, übernahm neben der grundsätzlichen Mission auch die Netzwerke, die Mitarbeitenden und das Vermögen des Solidaritätskomitees.¹⁰ Der alte Generalsekretär des Komitees und vormalige DDR-Diplomat Achim Reichardt war auch der erste Geschäftsführer von SODI, zum Vorstandsvorsitzenden wurde (auf Empfehlung Walther Bindemanns) Carl Ordnung berufen, bis zur Wende Leiter der ostdeutschen Sektion der Christlichen Friedenskonferenz.¹¹

6 Vgl. Manfred Belle, *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch in der DDR und im vereinigten Deutschland. Ziele, Arbeitsweise und Ergebnisse einer außergewöhnlichen Institution*, Egelsbach 1996.

7 Vgl. für eine Schilderung des ERT aus ersterer Perspektive Hans Joachim Döring, *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch. Oder: Vom Profil im Vakuum*, in: *Noch die internationale Solidarität? Ansichten und Informationen zur Vereinigung der deutsch-deutschen Entwicklungspolitik*, hrsg. v. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Bonn 2000, S. 19–33.

8 Vgl. Lothar Brock/Hans-Joachim Spanger, *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt. Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?*, Wiesbaden 1987, S. 215–218.

9 Vgl. *Solidaritätsdienst-international e. V.*, *Nur ein neuer Name für eine alte Einrichtung? Nein! – Eine richtige Idee für eine gute Sache? Ja!*, in: *Solidarität*, 1990, Nr. 7–8, S. 1.

10 Vgl. Achim Reichardt, *Nie vergessen: Solidarität üben! Über die Geschichte des Solikomitees der DDR*, Berlin 2006. Dieser Erinnerungsband des letzten Generalsekretärs des Komitees bietet detaillierte Hintergründe zu den Aktivitäten und Umbrüchen vor und nach der Vereinigung.

11 Vgl. *Abschied von Carl Ordnung*, in: *SODI-Report*, 2012, Nr. 2, S. 15.

In der sich verändernden Landschaft der ostdeutschen Entwicklungszusammenarbeit positionierte sich SODI auf Basis dieser Kapazitäten zügig im Selbst- wie Fremdbild als Verwalter des Erbes der staatlichen DDR-Solidarität. So übernahm der SODI die Organisation der Überbleibsel verschiedener Solidaritätsprogramme, namentlich die Freundschaftsbrigaden der »Freien Deutschen Jugend« oder auch die Verantwortung für Stipendien von Auszubildenden, die auf Grundlage von DDR-Verträgen mit nicht-staatlichen internationalen Akteuren in der DDR weilten.

Auf politischer Ebene schuf die Regierung Lothar de Maizière nach den Volkammerwahlen im März 1990 über die vom ERT erhobenen Forderungen hinausgehend ein eigenes »Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit« (MWZ) unter Führung des Pastors Hans-Wilhelm Ebeling. In Kooperation mit dem Ministerium und in Fortführung von DDR-Traditionen entsandte SODI sogenannte Katastrophenbrigaden in Fällen humanitärer Notlagen, beispielsweise in China, Iran und Peru. Das politische Anliegen der internationalen Solidarität war in der Wendezeit also institutionell konsolidiert worden. Allerdings war das MWZ auch als ein Spiegelressort zum »Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit« (BMZ) angelegt und wurde am Tag der Vereinigung als Berliner Abteilung des BMZ eingegliedert.¹² Die wiedervereinigte Bundesrepublik übernahm dabei nur solche Projekte der internationalen Solidarität, die sich problemlos in die hergebrachten entwicklungspolitischen Strukturen der alten Bundesrepublik einpassten. Spezifische Fokusse der DDR, etwa auf Ausbildungsmöglichkeiten in Deutschland oder begünstigte Handelsbedingungen, fanden hier keinen Platz und so lagen Auf- und Abbruch der internationalen Solidarität eng beieinander.

Über das Jahr der Vereinigung hinweg stabilisierte sich SODI in der Rolle als zentraler ostdeutscher Akteur der Entwicklungszusammenarbeit, bevor der Verein selbst in Konflikt mit dem bundesdeutschen Staat geriet. Die »Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« und die Treuhandanstalt konfiszierten am 13. August 1991 mit dem Einverständnis des BMZ das gesamte Vermögen von SODI in Höhe von etwa 50 Millionen DM, so dass der Verein seine Aktivitäten weitgehend einstellen musste.

Nach der geräuscharmen Einordnung des MWZ in das BMZ wurde somit nun das kontroverse Potenzial der internationalen Solidarität nach ostdeutschem Muster im wiedervereinigten Deutschland deutlich. Da die Konfiszierung auf fragwürdigen juristischen Annahmen beruhte und SODI grundsätzliche Bereitschaft signalisierte, das Solidaritätsvermögen mit anderen ostdeutschen Entwicklungsorganisationen zu teilen, konnten sich die Unabhängige Kommission in Einvernehmen mit der Treuhand und SODI als Streitparteien allerdings nach etwa einem halben Jahr auf einen Vergleich einigen. Durch diese gerichtlich festgehaltene Vereinbarung wurden SODI 12,5 Millionen DM zugesprochen. Der allergrößte Anteil der verbleibenden Mittel bildete das Kapital der schließlich im Jahr 1994 etablierten »Stiftung Nord-Süd-Brücken« zur

12 Einen Überblick zur kurzen Geschichte des MWZ findet sich bei Aufbruch und Einheit. Die letzte DDR-Regierung, hrsg. v. Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur, URL: <<https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/mwz/>> [4.8.2020].

Förderung von entwicklungspolitischen Initiativen mit Sitz in Ostdeutschland und Berlin.¹³

SODI konnte seine Aktivitäten in einem deutlich engeren Rahmen wieder aufnehmen und setzt seit dieser doppelten, jedoch versetzten Zäsur des Endes der DDR und des Konflikts mit der Bundesrepublik sein Wirken im Dienst der Solidarität in Spannung zwischen materiellen Notwendigkeiten und ideellen Anforderungen fort. Ausgehend von diesen Beobachtungen zur Entstaatlichung dieser »Nicht(mehr)regierungsorganisation«¹⁴ untersuche ich in dem vorliegenden Beitrag, wie sich SODIs Praktiken und Ideen der Solidarität über die ersten anderthalb Jahrzehnte seines Bestehens unter den Bedingungen der Transformation wandelten¹⁵, und ergänze so bestehende Ansätze.¹⁶

In diesem Vorhaben gehe ich von Verständnissen der Solidarität als Norm sozialer Handlungen aus, in denen sich politische Ideen und moralische Vorstellungen spiegeln und die auf freiwillig gewählten sozialen Verpflichtungen und Vorstellungen politischer Gerechtigkeit beruhen.¹⁷ Solidarität erscheint als parteinehmend und in ihren Ansprüchen begrenzt.¹⁸ Im besonderen Fokus steht die Frage, wie Solidarität selbstermächtigend und widerständig sowie durch Vorstellungen geteilter Zugehörigkeit und Betroffenheit gemeinschaftsbildend wirkt. Zu diesem Zwecke habe ich SODIs regelmäßige Rundschreiben an seine Unterstützerinnen und Unterstützer ausgewertet¹⁹, in denen sich der langfristige Wandel der grundsätzlichen Orientierungen in der Organisation sinnvoll nachverfolgen lässt. Über die konkreten Solidaritätspraktiken hinaus zeigt sich, mit welchen Vorstellungen die Unterstützenden »Solidarität« verbanden, zudem konturiert dieser Beitrag so SODIs Arbeitsweisen und Rationalitäten. Im Ergebnis öffnet sich der Blick auf das Wirken eines ehemals staatssozialistischen Anliegens in einer postsozialistischen Gesellschaft und auf die Verflechtungen des Wandels in Ostdeutschland mit ostdeutschen Anschauungen der Welt.

13 Vgl. *Kathrin Buhl*, Zwischen Gestern und Heute, zwischen Utopie und Realität. Die Stiftung Nord-Süd-Brücken und die ostdeutschen Nichtregierungsorganisationen, in: *Noch die internationale Solidarität?*, S. 109–114.

14 Vgl. für diese Wortprägung *Döring*, *Der Entwicklungspolitische Runde Tisch*, S. 31.

15 Vgl. *Philipp Ther*, *Das andere Ende der Geschichte. Über die große Transformation*, Berlin 2019.

16 Die wenigen explorativen historischen Studien zum »Schicksal« der internationalen Solidarität sind teils der populären Erinnerung gewidmet oder beziehen sich auf eine Diskussion der Legitimität der DDR-Solidarität. Vgl. *Thomas Kunze/Thomas Vogel* (Hrsg.), *Ostalgie international. Erinnerungen an die DDR von Nicaragua bis Vietnam*, Berlin 2010; *Ilona Schleicher*, *DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe*, Berlin 1999; *Ulrich van der Heyden*, *Das Schicksal der DDR-Entwicklungshilfeprojekte am Beispiel Afrika*, in: *Volker Lühr/Arne Kohls/Daniel Kumitz* (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Afrika. Festschrift für Manfred Schulz*, Münster 2004, S. 91–114.

17 Vgl. *Bösch*, *Internationale Solidarität im geteilten Deutschland*, S. 9.

18 Vgl. *Jens Beckert/Julia Eckert/Martin Kohli u. a.* (Hrsg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt am Main/New York 2004.

19 Die Rundschreiben sind der SODI-Rundbrief (1991–1993) und der SODI-Report (seit 1994), die mit ihren Druckauflagen von bis zu 18.000 ein beträchtliches Publikum jenseits des SODI erreichten. Unterstützende des Vereins verteilten die Schreiben, während der SODI sie an registrierte Spenderinnen und Spender verschickte.

Dieser Artikel beleuchtet damit die verblüffende institutionelle Geschichte SODIs als spezifisch ostdeutsche Organisation mit globaler Reichweite, die über konkrete Entwicklungsprojekte hinaus grundsätzliche, globale Kritik formulierte und sich durch Ansprüche parteilicher Gerechtigkeit auszeichnete. Hierüber hinaus stellt dieser Artikel dar, wie sich SODIs Solidarität mit der politischen Identität Ostdeutscher in dieser Zeit der politischen, sozialen und ökonomischen Transformation verband. Internationale Solidarität erschien als ein politisch rückversichernder Wert mit andauernder Legitimität und sicherte einen Teil des utopischen Potenzials der DDR-Gesellschaft.

Für SODIs Unterstützerinnen und Unterstützer waren Erfahrungen der unmittelbaren Lebensumwelt mit der Ausübung von Solidarität verflochten, die in ihren Ansprüchen aber weiter über diesen Nahraum hinausging. Sie wiesen darauf hin, dass ihre Solidarität von ihren eigenen Transformationserfahrungen genährt wurde, die sie nichtsdestoweniger als Rückwirkungen globaler Veränderungen interpretierten. Ihre angenommene geteilte Betroffenheit erschien ihnen als eine soziale Verbindung im geteilten politischen Interesse mit den Menschen in der ›Dritten Welt‹. Gleichzeitig war SODIs Solidarität auch karitativ, besonders in den Praxen humanitärer Hilfe, in denen der Verein an die Bereitschaft zu altruistischen Opfern appellierte. Die als prinzipiell reziprok verstandene Solidarität entfaltete sich hier auch in klar hierarchisch strukturierten Beziehungen. Da sich die Unterstützerinnen und Unterstützer um diese humanitären Anliegen SODIs sammeln konnten, stellten sie ein wirksames Mittel der Gemeinschaftsbildung dar.

I. SODIs institutioneller Kurs und sein Verhältnis zur DDR

Die anhaltenden Kontinuitäten im Kontrast weitreichender Veränderungen werden beim Personal am deutlichsten. Ehemalige Beschäftigte des Solidaritätskomitees prägten SODI bis in die 2000er-Jahre und standen auch an leitender Stelle in der Geschäftsführung des Vereins. So folgte der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Solidaritätskomitees, Peter Stobinski, dem ehemaligen Vorsitzenden, Achim Reichardt, im Jahr 1992 als Geschäftsführer des Vereins. Diesem folgte zwischen 2003 und 2007 mit Hans-Jürgen Ebert ein ehemaliger Beschäftigter des DDR-Außenministeriums als Geschäftsführer.²⁰ Auf Carl Ordnung folgte im Jahr 2002 der ehemalige DDR-Botschafter in Angola, Johannes Schöche, als Vorstandsvorsitzender des Vereins. Während die beiden Spitzenpositionen über die ersten zwanzig Jahre seiner Existenz männlich besetzt waren, beeinflussten Frauen den Verein als Vorstandsmitglieder und Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle oder in Auslandsprojekten. Für die umfangreichen Aktivitäten in Vietnam zeichneten etwa die Projektmitarbeiterinnen Monika van der Meer und Ilona Schleicher verantwortlich.

Der Vereinsvorstand war zunächst insgesamt entsprechend der Annäherung zwischen Protagonistinnen und Protagonisten der ehemals staatsoffiziellen und religiös inspirierten Solidarität besetzt, worin sich eine Koalition der deutsch-deutschen Vereinigung spiegelte. Vertreterinnen und Vertreter lokaler Spendengruppen prägten die

²⁰ Erst Eberts Nachfolger, André Schwartz, hatte keine Vergangenheit im Solidaritätskomitee mehr. Vgl. Hans-Jürgen Ebert, Abschied und Übergabe des Staffelstabs, in: SODI-Report, 2007, Nr. 3, S. 3.

Strukturen unterhalb der Führungsebene. Insgesamt hatte SODI im Jahr 1999 knapp 250 Mitglieder, deren Zahl in der Folge nur leicht wuchs. Der weitere Unterstützungskreis war allerdings einerseits breiter und gleichzeitig gestreuter und zufälliger. Gerade bei konkreten Spendenaktionen konnte sich SODI auf die Unterstützung von einzelnen Unterabteilungen der »Partei des Demokratischen Sozialismus« (PDS) oder der »Volkssolidarität«, aber auch des ebenfalls postsozialistischen »Demokratischen Frauenbundes Deutschlands« (DFD) verlassen. Genauso trugen aber auch andere Vereinigungen ohne staatssozialistische Vergangenheit, etwa Ortsvereine der SPD oder Gewerkschaftsgruppen und Kooperationen mit Kommunen, hier besonders Frankfurt an der Oder und der Bezirk Berlin-Lichtenberg, zu den Initiativen bei. Diese verschiedenen Hintergründe verdeutlichen, dass die Organisation weiterhin integratives Potenzial und einen politischen Reiz besaß, allerdings blieb die Unterstützerschaft ostdeutsch dominiert. Gleichzeitig macht die Lektüre der Rundschreiben deutlich, dass SODI von dem außerordentlichen Aktivismus einzelner, zumeist älterer »gelernter DDR-Bürger« maßgeblich profitierte. So sammelte etwa das Ehepaar Hertzfeld in Altglienecke über Jahrzehnte mit großem Erfolg Geld in ihrem privaten Umkreis und die berühmte Brecht-Schauspielerin Käthe Reichel organisierte zugunsten von SODI eine äußerst erfolgreiche Spendenkampagne.

Gleichzeitig war das ehemalige Staatsinteresse der Solidarität in die Nische gewandert. Während der Verein im Jahr 1990 noch Hilfen in Höhe von 27,4 Millionen DM umsetzen konnte, sank dieser Betrag auf 2,5 Millionen DM im Jahr 1993 nach dem Ende des Konflikts mit dem deutschen Staat ab. Von ehemals circa 20 Angestellten verblieben 5. Mit dem Verschwinden des finanziellen Polsters wurde der Ausgleich des Haushalts zur andauernden Sorge SODIs. Die Anliegen des Vereins wurden mit Sachspenden gestützt, da Geldmittel fehlten, und er profitierte von Mitteln der »Stiftung Nord-Süd-Brücken«. Die Lage verbesserte sich mit dem Beginn öffentlicher Zuwendungen der Länder Brandenburg und Berlin, des Auswärtigen Amts und der Europäischen Union, während das BMZ Mittelanträge noch bis zum Regierungswechsel 1998 zurückwies.²¹

Von 1992 bis 2005 war SODI jährlich in 12 bis 20 Ländern aktiv; das finanzielle Volumen der Hilfe stieg im Jahr 2005 auf 5,5 Millionen Euro. Private Spenden und die Mobilisierung von Mitgliedern schienen dennoch stets als unzureichend, sodass die Spitze des Vereins wiederholt seine »Zukunftsfähigkeit« infrage stellte.²² Ein Ausweg wurde in der Konzentration und Fokussierung der vielfältigen und weit verteilten Aktivitäten SODIs gesehen.

Mit der Zeit integrierte SODI sich aber zusehends in die entwicklungspolitische Landschaft der Bundesrepublik. Die jährliche Verleihung des Spendensiegels des »Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen« ab 1994 war für SODI besonders bedeutsam, da sie seinem Finanzgebaren nach der Auseinandersetzung mit dem deutschen Staat Seriosität bescheinigte.²³ 1996 beteiligte sich SODI außerdem an der Gründung des »Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisati-

21 Vgl. die Berichte von Mitgliederversammlungen und Projektaufstellungen des SODI in der jeweils dritten Nummer des SODI-Reports eines Jahres.

22 Hans-Jürgen Ebert, Mitgliederversammlung 2002, in: SODI-Report, 2002, Nr. 3, S. 14.

23 Vgl. zum Beispiel DZI-Spendensiegel an SODI, in: SODI-Report, 1994, Nr. 2, S. 1.

onen« (VENRO) und nahm durch ihn fortan an der öffentlichen Auseinandersetzung um entwicklungspolitische Fragen teil.²⁴ Die Wahl der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998 und die folgende Annäherung zwischen Bundesregierung und Verein, aber mehr noch die folgende Enttäuschung über ihren Kurs wurden zu entscheidenden politischen Momenten für SODI im Inland.²⁵

SODI ordnete sich vergleichsweise problemlos in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ein, da seine konkreten Projekte den allgemeinen entwicklungspolitischen Standards entsprachen und weltanschaulichere Fragen so in den Hintergrund rückten. Überdies war SODI seit dem ERT auf die Bildung gesellschaftlicher Koalitionen mit anderen NGOs orientiert und hatte Kooperationen trotz potenzieller Konflikte eingeübt. Die Beziehung zu der »Stiftung Nord-Süd-Brücken« blieb dabei jedoch zwiespalten, da Stobinski nach wie vor wenigstens ideelle Ansprüche auf die Stiftung als »größtes und nachhaltigstes Projekt« des Vereins erhob.²⁶

In der Frühphase hatte sich SODI den Auftrag gesetzt, die »Fehlleistungen« der DDR-Solidarität aufzuarbeiten, wozu es, in Gänze betrachtet, aber nur in Ansätzen kam. Die in die Öffentlichkeit getragene differenzierte Auseinandersetzung mit dem Erbe dieser Solidarität seitens einiger Vertreterinnen und Vertreter des Vereins wurde häufig durch konfrontativere Haltungen anderer konterkariert.²⁷

Auch setzte SODI die grundsätzliche Güte der Solidarität zu DDR-Zeiten voraus und konzentrierte die kritische Reflexion auf Aspekte ihrer Vermittlung: Die öffentliche Propagierung der Sache wurde dabei als positiv hervorgehoben, während sich Kritik auf mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten für unabhängige Akteure bezog.²⁸ SODIs Rundschreiben wurden zu einem Forum der Solidaritätsbewegten, häufig verbunden mit biografisch gefärbter Erinnerung an DDR-Praktiken.²⁹ Der Verein verstand die Fortsetzung von Projekten der DDR-Solidarität als Auftrag:³⁰ SODI reagierte stets empfindlich auf Nachrichten, dass Hinterlassenschaften der DDR-Solidarität bedroht schienen³¹, und trat als natürlicher Partner für Solidaritätsinitiativen im Andenken der DDR auf.³²

Mit der Zeit und unter dem Eindruck mangelnder zeitgenössischer Solidarität färbte sich die Bewertung der wiedervereinigten Gegenwart bei SODI pessimistisch ein.

24 Vgl. zum Beispiel Pro 0,7: VENRO-Initiative zur Bundestagswahl 2002. Jetzt Handeln für Entwicklung und Frieden, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 6–7.

25 Vgl. zum Beispiel Eberhard Bauer, Verlust von Glaubwürdigkeit, in: SODI-Report, 1999, Nr. 4, S. 6.

26 Peter Stobinski, Größtes und schwierigstes Projekt, in: SODI-Report, 2005, Nr. 2, S. 7.

27 Vgl. als Beispiel differenzierter Auseinandersetzung Ilona Schleicher, DDR-Solidarität im südlichen Afrika. Auseinandersetzung mit einem ambivalenten Erbe, Berlin 1999; sowie als Beispiel einer konfrontativen Haltung Achim Reichardt, Podiumsdiskussion vom 8. November 1999, in: Noch die internationale Solidarität?, S. 131.

28 Vgl. zum Beispiel Thomas Schubert, Solidarität hilft überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2.

29 Vgl. zum Beispiel Danke Kurt Seibt!, in: SODI-Report, 2002, Nr. 3, S. 15; Zum 30. Jahrestag des Militärputsches in Chile, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 16.

30 Vgl. zum Beispiel Peter Stobinski, Erneute Hilfe für ein »altes« Soliobjekt, in: SODI-Report, 1995, Nr. 2, S. 8–9.

31 Vgl. zum Beispiel Sieg der Vernunft, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 3, S. 8; Jens Hüniger, Hilfe fürs Deutsch-Nikaraguanische Hospital, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 14.

32 Vgl. zum Beispiel Soziales Engagement mit Klarsicht, in: SODI-Rundbrief, 1996, Nr. 3, S. 8; Solidaritätsbasar auf dem Potsdamer Platz, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 16.

Seine Vertreterinnen und Vertreter positionierten sich selbstbewusster mit Blick auf die Vergangenheit ostdeutscher Solidarität. So wurde die Vereinsgründung etwa als ein Akt heroischen Widerstands in einer Zeit »nationalen Einheitstaumels« beschrieben.³³ Mitarbeitende betonten die Nöte, die sich aus der Annahme der »Verpflichtung« und dem »Recht« zur fortgesetzten Solidarität ergaben.³⁴ Die Treuhand-Kuratel trat in den späteren Stellungnahmen als zentraler symbolischer Moment hervor. Der vermeintlich unzeitgemäße Standpunkt in der Verteidigung des Internationalismus habe »Hass« hervorgerufen, nicht zuletzt durch die »allgewaltige Treuhandanstalt«.³⁵

Die veröffentlichten Briefe an SODI reflektieren ähnliche Gedankenströmungen. Direkt nach dem Ende der DDR wurde die ostdeutsche Vergangenheit kontrovers diskutiert. So empfahl ein Leserbriefschreiber dem mit dem DDR-Establishment identifizierten Verein, sich mit den »Bettelanzeigen« an andere »Blutsauger der früheren DDR« zu wenden.³⁶ Weitere Korrespondentinnen und Korrespondenten sahen in der andauernden politischen »Hetze« des Vereins deutliche Kontinuitäten zum Solidaritätskomitee.³⁷ Andere verteidigten SODI aber auch und wiesen beispielsweise die Frage nach der Freiwilligkeit von DDR-Spenden als irrelevant im Vergleich zu dem Nutzen der staatlichen Solidarität zurück.³⁸ Für beide Seiten, den Parteigängern wie den Kritikern, stand SODI dabei als Pars pro Toto für die DDR-Solidarität.³⁹

Mit der Zeit sollte die angenommene Verbindung mit der DDR dem Verein aber vor allem nützen, wie die Resonanz unter den Anhängerinnen und Anhängern zeigt. Diese wiesen etwa auf ihre Suche nach Möglichkeiten hin, ostdeutsche Solidarität wieder aufleben zu lassen.⁴⁰ SODI profitierte von den positiven Bezügen zu dieser Solidarität, hier fanden Sympathisierende die »Fortführung guter DDR-Traditionen«⁴¹, »die nicht totzuschweigen oder wegzulügen ist. Das gibt Kraft.«⁴² Gleichzeitig rückte der Bezug zur DDR gerade im zweiten Jahrzehnt des Bestehens SODIs mit zunehmendem zeitlichen Abstand aber auch in den Hintergrund.

II. »Solidarität hilft überleben«:⁴³ Die humanitäre Hilfe in Osteuropa

Zwar war SODI die Fortsetzung der in DDR-Zeiten eingeübten teuren und logistisch aufwendigen Katastrophenhilfe als zentralem Feld der Solidarität nach 1991 nicht

33 Peter Stobinski, Ein ambivalentes Erbe, in: SODI-Report, 1999, Nr. 1, S. 9.

34 Horst van der Meer, Wahlkampf: Zeit zur Einmischung, in: SODI-Report, 1998, Nr. 3, S. 9.

35 Peter Stobinski, Fünf Jahre danach: SODI's zweiter Neubeginn oder Totgesagte leben länger, in: SODI-Report, 1997, Nr. 1–2, S. 6–7.

36 A. B. Leder, Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 3, S. 7.

37 Natalie Hähn/Harald Fiedler, Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 4, S. 5.

38 Vgl. zum Beispiel Hellmut Kapfenberger, Solidarität mit Vietnam – immer noch?, in: SODI-Report, 1996, Nr. 1–2, S. 10.

39 Vgl. Elsa Schmittner, Harte Kritik anstatt Dank für Solidarität, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 11; Hedy Klatt, Wunderbare Projekte, in: SODI-Rundbrief, 1995, Nr. 5, S. 7.

40 Vgl. Ute Werner, Die Postmappe: Auf der Suche, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 11.

41 Familie Hampel, Postmappe: Spende für Kubas Kinder, in: SODI-Report, 2004, Nr. 4, S. 15.

42 Maria Kerl, Die Postmappe: Tradition, in: SODI-Rundbrief, 1994, Nr. 4, S. 7.

43 Thomas Schubert, Solidarität hilft überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2.

länger möglich, jedoch fanden sich in Osteuropa Gelegenheiten, humanitäre Aktionen nun zugunsten ehemaliger sozialistischer »Bruderländer« in einem kleineren Rahmen fortzusetzen. Diese Hilfe beruhte auf den Initiativen einzelner Spendengruppen und Personen, während SODI entscheidende logistische Unterstützung gewährte.⁴⁴

Bereits im Wendejahr 1989/1990 hatte das Solidaritätskomitee und in der Nachfolge SODI eine ausgesprochen erfolgreiche Spendenkampagne zugunsten Notleidender in Rumänien im Zusammenspiel mit Kräften der Demokratisierung in der DDR durchgeführt. Ab September 1990 sollte jedoch die humanitäre Hilfe für Opfer der Tschernobyl-Katastrophe zum wichtigsten Betätigungsfeld in Osteuropa werden. Aus Anlass eines der ersten Transporte von Hilfsgütern reflektierte ein SODI-Mitarbeiter seine persönliche Verpflichtung zur Hilfe als »Bürger eines ehemaligen osteuropäischen Landes« und spiegelte damit das gewandelte Zugehörigkeitsgefühl Ostdeutscher wider.⁴⁵ Diese humanitären Transporte waren aufgrund der geografischen Nähe trotz der Treuhand-Kuratel nach wie vor möglich, da einzig und allein ein Lastwagen für die Auslieferung von Spenden gebrauchter Güter organisiert werden musste.

Durch diese fortgeführten Lieferungen überlebte die soziale Praxis der Spende als wichtigste Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der staatlichen Solidarität der DDR und nun auch der Solidarität SODIs. Seine Anhängerinnen und Anhänger betrieben die Spendensammlung auf vielfältigste Weise, etwa durch Benefizveranstaltungen kultureller oder informatorischer Natur. Die Möglichkeit zu Sachspenden erleichterte auch Arbeitslosen eine Beteiligung.⁴⁶ Die Spendentätigkeit und -sammlung erschien als wichtiges politisches und moralisches Statement. Hier wurde auch der Wert eines Opfers im Gegensatz zu Zeitdiagnosen eines grassierenden Egoismus aufrechterhalten und nicht zuletzt durch die Vermittlung von Sachgütern eine greifbare transnationale Verbindung geschaffen.

Als wichtigstes Projekt finanzierten SODI-Spenden Urlaube für Kinder aus nuklear verseuchten Regionen. Anders als äquivalente Projekte in DDR-Zeiten, etwa zugunsten palästinensischer Kinder, fanden diese Ferien allerdings nicht mehr in Deutschland statt, sondern in Belarus.⁴⁷ Diese Maßnahmen der Tschernobyl-Hilfe blieben für die Aktivitäten langfristig bedeutsam: Sie transformierten die ehemalige Regierungsorganisation am weitesten in eine zivilgesellschaftliche Organisation mit breiter Resonanz in der ostdeutschen Bevölkerung, nicht zuletzt durch die Unterstützung von lokalen Initiativen außerhalb des Vereins.⁴⁸ Während sich das Solidaritätskomitee auf den steten Fluss von Spenden verlassen konnte, die durch die Massenorganisationen der DDR kanalisiert worden waren, hatten sich die Dynamiken hier nachhaltig verkehrt.

Gleichzeitig blieb die Spende von Sachgütern von zentraler Bedeutung für das humanitäre Engagement, wobei sich der Fokus von Haushalts- auf Spezialgüter verschob. So machten SODI-Sympathisierende auf ausgemustertes medizinisches Gerät

44 Vgl. Mit Optimismus ins fünfte Jahr: Bilanz und Ausblick auf SODI-Mitgliederversammlung, in: SODI-Rundbrief, 1995, Nr. 1, S. 5.

45 Frank Ludwig, Medikamente, Kleidung, Spielzeug – für die Opfer von Tschernobyl, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 3–4.

46 Vgl. zum Beispiel BUMMIS Freunde helfen in Vietnam, in: SODI-Report, 2004, Nr. 1, S. 5.

47 Vgl. zum Beispiel Erholung für Tschernobyl-Kinder, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 8.

48 Vgl. zum Beispiel Eva Emmrich, Wäsche-Aktion in Strausberg, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 15.

aus ostdeutschen Krankenhäusern aufmerksam, die ab 1993 von arbeitslosen Ostdeutschen im sogenannten Recycling-Projekt in einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme vor der Abgabe ins Ausland aufgearbeitet wurde.⁴⁹ SODI unterstrich, wie die Solidarität hier aus der Asche des Sozialismus auferstand, da eine ehemalige Armeekaserne in einen »Stützpunkt der internationalen Solidarität« verwandelt wurde.⁵⁰ Durch diese Aktivierung von ostdeutschen Arbeitslosen, Betroffenen der sozioökonomischen Folgen des Endes der DDR, verfolgte SODI integrierte Solidaritätsbeziehungen von gegenseitigem Vorteil.

Durch die zentrale Bedeutung Osteuropas für SODI-Hilfskampagnen verschob sich die ostdeutsche Solidarität aber auch von der ›Dritten Welt‹ in die ›Zweite‹ und positionierten sich SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer so selbst in der ›Ersten Welt‹. Sich anschließende Fragestellungen der Zugehörigkeit beantworteten sich aber nicht immer klar, da SODI historische Verbindungen, unter anderem im Sozialismus, durchaus hervorhob. Schließlich ist daran zu erinnern, dass mit Tschernobyl ein Anliegen hervortrat, das im Staatssozialismus kaum offen diskutiert werden konnte und auch ein Symbol seines Scheiterns war.

III. »Sie brauchen uns immer noch«:⁵¹ Die Unterstützung für Namibia

Die historisch gewachsenen ostdeutschen Solidaritätsbeziehungen bestimmten mit, wo sich SODI als Entwicklungsorganisation engagierte. Der Verein beklagte, dass die Bundesrepublik nur zögerlich entwicklungspolitische Beziehungen in Schwerpunktländer der DDR-Solidarität aufbaute⁵², sah sich ab der Treuhand-Kuratel aber auch selbst zum Fokus auf bestimmte Länder, wie Namibia, gezwungen. Die DDR hatte enge Beziehungen zur namibischen »South West African People's Organization« (SWAPO) aufgebaut und so fand SODI mit der Unabhängigkeit Namibias hier besonders günstige Bedingungen. Die namibische Staatsführung protestierte etwa gegen die Beschlagnahme des Vermögens SODIs bei der Bundesregierung und vergalt so erfahrene Solidarität.⁵³

Das Engagement für Namibia teilte sich in neu aufgesetzte Entwicklungsprojekte und die Verantwortungsübernahme für Überbleibsel der DDR-Solidarität. Bei Spendenwerbungen wies SODI auf andauernde ostdeutsche Verantwortlichkeiten hin, machte darüber hinaus aber auch deutlich: »Aus der Hilfe für Namibia, [...] aus der Überwindung unserer eigenen Beschränktheit und unseres Kleinmutes, [...] kann uns jedoch neue Kraft für uns selbst erwachsen. Diese Kraft brauchen wir für uns und für Namibia.«⁵⁴

49 Vgl. SODI-Mitgliederversammlung: SODI hat sich als Helfer in der Not erwiesen, in: SODI-Report, 1994, Nr. 1, S. 6.

50 Wichtigste Basis für SODI-Gesundheitsprogramm, in: SODI-Report, 2000, Nr. 3, S. 2.

51 Ulrich Makosch, Mosambik – so schön und hässlich oder: 25 + 10 = SODI, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 1.

52 Vgl. zum Beispiel Frank Ludwig, Kambodscha wartet auf die Früchte der deutschen Einheit, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 2.

53 Vgl. Teilnahme am Tag der Helden in Namibia, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 6.

54 Adelheid Siebach, Nähzentrum für namibische Frauen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 2, S. 8.

So diskutierte SODI zum einen Vorwürfe, dass die Internatsbesuchung von namibischen Kindern in der DDR verwerflich gewesen sei, wobei der Verein auch die Dankbarkeit der »DDR-Kinder« betonte.⁵⁵ Außerdem war SODI zuständig für die Fortführung der Stipendienprogramme mit Organisationen wie der SWAPO.⁵⁶ Die nach Deutschland entsandten Stipendiatinnen und Stipendiaten waren der Herausforderung ausgesetzt, den Verschiebungen des ostdeutschen Bildungssystems zu begegnen und mit Unterbrechungen der Stipendienzahlungen in der Zeit der Treuhand-Kuratel umzugehen.⁵⁷ Außerdem wurden ihnen rassistische Angriffe zu einer Lebensrealität⁵⁸, für die Vertreter SODIs nur schwer Erklärungen fanden.⁵⁹

Gleichzeitig baute SODI seine eigenen eng begrenzten Entwicklungsprojekte auf, etwa in der Unterstützung von Agrarkooperativen oder von Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Bereits im Jahr 1991 wurde eine Kooperation mit dem ehemals DDR-offiziellen DFD angestoßen, in deren Rahmen »von drei deutschen Frauen Nähkurse und Vorträge zur Gesundheits- und Sozialhygiene organisiert werden« sollten.⁶⁰ Aus diesen etwas unbeholfenen Anfängen, die noch nicht der zeitgemäßen Sprache der Entwicklungszusammenarbeit entsprachen, entwickelte sich über die folgenden Jahre ein starker Fokus auf die Arbeit mit Frauen, deren Ansprache und Aktivierung als entscheidendes Mittel der Entwicklungsarbeit gesehen wurde. Gerade auch in Südostasien, in Vietnam und Laos, kooperierte SODI eng mit den dortigen offiziellen Frauengorganisationen, ein wichtiger Baustein für die langfristige Arbeit in diesen Ländern.

Ab 2002 betrieb SODI in Namibia außerdem eines seiner wichtigsten Projekte mit der Errichtung einer Siedlung von Lehmhäusern.⁶¹ Dabei betonte der Verein die Verbindungen zu dem ihm umgebenden historischen Raum, den Waterberg des deutschen Genozids an den Herero, und markierte das Projekt als entscheidenden Beitrag zur Überwindung von Apartheid, Rassismus und Kolonialismus:⁶² »Die Schaffung von Grundlagen für ein Leben in Würde für alle Namibier ist für uns der beste Weg zur historischen Aussöhnung zwischen unseren Völkern.«⁶³ Damit erkannte SODI eine nationale Verantwortung für koloniale Schuld – in deutlicher Abgrenzung zur ehemaligen DDR, die stets auf ihren antikolonialen Charakter gepocht hatte. Durch das Aufgreifen kolonialgeschichtlicher Bezüge konnte SODI im Rahmen dieses Projekts verstärkt auch westdeutsche Spenderinnen und Spender gewinnen. Gleichzeitig machte sich hier aber auch ein Generationenwechsel bemerkbar; für das Projekt enga-

55 Vgl. Ilona Schleicher, Heimkehr in ein fremdes Land. Die »DDR-Kinder« von Namibia, in: SODI-Report, 1999, Nr. 3, S. 10.

56 Vgl. Stipendiaten aus 20 Ländern, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 1.

57 Vgl. zum Beispiel Nageb Elshorafu, Ausländischer Student dankt Spendern, in: SODI-Rundbrief, 1992, Nr. 4, S. 1.

58 Vgl. zum Beispiel Rechtsradikale Überfälle, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 8.

59 Thomas Schubert, Zu den Ausschreitungen gegen junge Namibier am 3. Mai in Wittenberge, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 5–6, S. 7.

60 Siebach, Nähzentrum für namibische Frauen.

61 Vgl. zum Beispiel Ein Vorzeigeprojekt. Lehmhaus-Projekt in Otjiwarongo, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 9.

62 Vgl. zum Beispiel Peter Stobinski, Otjiwarongo – SODI startet eine neue Solidaritätsaktion, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 1.

63 Ohne bewusste Erinnerung kann es keine Versöhnung geben, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 1.

gierte sich eine studentische Initiativgruppe, die es zuvorderst als Beispiel nachhaltiger sowie ökologischer Entwicklungszusammenarbeit diskutierte und aus deren Reihen sich in der Folge einige Beschäftigte des Vereins rekrutierten.

IV. »Solidarität heißt Widerstand«:⁶⁴ Aktivismus gegen die globale Ordnung

Über die im engeren Sinne ostdeutsch geprägten Aktivitäten hinaus fand SODI erstmals durch seine Beteiligung an der »Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen« Widerhall in der gesamtdeutschen Öffentlichkeit. Hierbei profitierte der Verein davon, dass sich dieses internationale Netzwerk von NGOs auch auf SODIs eigene Schwerpunktregionen in Südostasien und im südlichen Afrika konzentrierte.

SODI erschloss sich die öffentliche politische Kampagne, beispielsweise durch Unterschriftenaktionen und massenhaft versendete Protestschreiben, gegen bestimmte Unternehmen wie Daimler und ihre staatliche Unterstützung als Mittel entwicklungspolitischer Auseinandersetzung.⁶⁵ Dabei ordnete der Verein seine Aktivitäten mitunter in nationale historische Zusammenhänge ein, da sie ebenso Lektionen aus dem Zweiten Weltkrieg entsprächen wie denen der deutsch-deutschen »Unheilgrenze«.⁶⁶ In seinen Aktivitäten bezog sich SODI auf seine Verbindung mit angesehenen internationalen Akteuren, beispielsweise dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz oder UN-Organisationen.⁶⁷ Bereits im Jahr 1997 konnte der Verein Erfolge reklamieren, da Anti-Personen-Minen international geächtet und die »Internationale Kampagne« mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Die Landminenkampagne war bedeutsam, da sie die weitere Integration des Vereins in die entwicklungspolitische Szene der Bundesrepublik beförderte und SODI von der Reichweite und Expertise der anderen Organisationen in dieser Koalition profitierte. So konnte er sich als eine einflussreiche Kraft für die gute Sache und die Kampagne als »Signal für einen erneuten Aufschwung der internationalen Solidarität« präsentieren.⁶⁸

Die öffentliche Kampagne wurde ergänzt durch konkrete Entwicklungsprojekte in Vietnam, wo der Verein die Räumung von Landminen unterstützte und in Folgeprojekten die Wiederbesiedlung von verlassenen Dörfern als »in seiner Komplexität bislang einmaliges Minenaktionsprogramm« betrieb.⁶⁹ Die Finanzierung solcher Projekte durch staatliche Institutionen verdeutlicht die weitgehende Akzeptanz, die SODI

64 Hans-Jürgen Ebert, *Solidarität heißt Widerstand organisieren*, in: SODI-Report, 2000, Nr. 3, S. 7.

65 Vgl. zum Beispiel Neues über die Kampagne »Daimler-Minen Stoppen«: Ausstieg aus der Minenproduktion angekündigt, in: SODI-Report, 1998, Nr. 4, S. 9; Keine Hermes Bürgschaften, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 14. Solche Kampagnen erinnerten gleichzeitig an DDR-Vorbilder, etwa die Postkartenkampagne für Angela Davis.

66 Peter Stobinski, *Wo bleibt der Aufschrei gegen dieses Teufelszeug?*, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 6, S. 5.

67 Vgl. zum Beispiel Unser Protest und unsere Hilfe für die Minenopfer, in: SODI-Report, 1994, Nr. 5, S. 5; Für das Verbot von Landminen in der Welt, in: SODI-Report, 1995, Nr. 3, S. 1.

68 Aufbruch am 17. Breitengrad: Hilfe für Opfer eines vergessenen Krieges, in: SODI-Report, 1998, Nr. 1–2, S. 1.

69 Ilona Schleicher, *Betrogene Hoffnungen auf Frieden und Sicherheit: 50 Jahre Indochina-Abkommen*, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 11.

im bundesdeutschen Rahmen schließlich fand. In den Wiederansiedlungsprogrammen konnte SODI aber gleichzeitig auch an die Erinnerung ähnlicher ostdeutscher Projekte anschließen, etwa in der Stadt Vinh, und dieses Projekt verband sich mit dem Echo des Anti-Imperialismus der DDR, da man hier aktiv den Folgen des »schmutzigen Krieg[s] gegen das vietnamesische Volk« entgegenwirke.⁷⁰ Insgesamt erscheinen die Aktivitäten gegen Landminen als beispielhaft für einen politischen Ansatz des Vereins unter den veränderten postsozialistischen Bedingungen.⁷¹

Seine prinzipiell pazifistische Haltung drückte sich in häufigen Protesten gegen angenommene Gefährdungen des Friedens aus, die gewöhnlich in den USA ihren Ausgang zu nehmen schienen.⁷² In den Jahren 1999 und 2001 erschien dem Verein die Beteiligung Deutschlands an Militäreinsätzen im Rahmen der Jugoslawienkriege als ein dramatischer Einschnitt. Gegen diesen rief SODI zu (Straßen-)Protest auf, wobei der Hinweis nicht fehlte, dass zeitgleich Staatsausgaben für Entwicklungshilfe und Sozialpolitik von der neuen rot-grünen Bundesregierung gekappt würden.⁷³ Hier bot sich auch die Gelegenheit zur Kritik an anderen ostdeutschen NGOs, die ihre politischen Verpflichtungen offenbar weniger wichtig nahmen: »Inzwischen erschöpfen sich viele von ihnen in Auslandsprojekten und vernachlässigen die Diskussion politischer Rahmenbedingungen.«⁷⁴

Der US-geführte »Krieg gegen den Terror« wurde von SODI vielfältig kritisiert⁷⁵, während die vorhergegangenen Ereignisse um die Anschläge des 11. Septembers 2001 von Carl Ordnung, dem langjährigen Vorsitzenden, auch als mittelbare Rückwirkung der Ausbeutung der »Dritten Welt« gesehen wurden.⁷⁶ Ohnehin zeichneten sich in diesem Zusammenhang die älteren SODI-Angehörigen durch die Vehemenz ihrer Äußerungen aus. Als der Irak-Krieg heranzog, kündigte SODI seinen »Widerstand« für den »Tag X« an, was durchaus der gesamtgesellschaftlichen Stimmungslage entsprach.⁷⁷ Insgesamt zeigte der Verein eine äußerst kompromisslose Haltung gegenüber der US-Regierung, der Kriege offenbar als »normales Mittel der Politik« galten.⁷⁸

SODI kritisierte die Vereinigten Staaten jedoch nicht nur für ihre militärischen, sondern auch für ihre ökonomischen Hegemonialbestrebungen. Gleichzeitig erschien die »Globalisierung der Ressourcen, des Marktes und der Finanzmärkte unter Führung der USA«⁷⁹ aber auch verstärkt als eine gewichtige Entwicklung für sich; »der Globalisierungswahn verlangt[e] Antworten«.⁸⁰

70 Ilona Schleicher, Drittes SODI-Friedensdorf, in: SODI-Report, 2004, Nr. 2, S. 1.

71 Vgl. zum Beispiel SODI vor neuen Herausforderungen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 1, S. 3–4.

72 Vgl. zum Beispiel Der Kommentar: Die Schlacht der Lügen, in: SODI-Report, 1994, Nr. 6, S. 8.

73 Vgl. zum Beispiel Krieg beendet – Alpträume bleiben, in: SODI-Report, 1999, Nr. 3, S. 11; Nein zum Mazedonien-Einsatz, in: SODI-Report, 2001, Nr. 3, S. 5.

74 Peter Stier, Entwicklungspolitik im Feuerschein von NATO-Bomben auf dem Balkan, in: SODI-Report, 1999, Nr. 2, S. 7.

75 Vgl. zum Beispiel Ulrich Makosch, Kommentar: Totschlag, in: SODI-Report, 2001, Nr. 4, S. 1.

76 Vgl. Carl Ordnung, Ruf zur Umkehr jetzt, in: SODI-Report, 2001, Nr. 4, S. 1.

77 Widerstand gegen den Krieg, in: SODI-Report, 2003, Nr. 1, S. 3.

78 Mitgliederversammlung 2003: Vorjahresergebnisse übertroffen, in: SODI-Report, 2003, Nr. 2, S. 9.

79 Brigitte Queck, Krieg gegen den Irak verhindern, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 2.

80 Martin Pamp, Neues von Attac: Globalisierungswahn verlangt nach Antworten, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 13.

Solche Beobachtungen verknüpften sich innerhalb SODIs mit einer Debatte über die Reichweite der Solidarität und das Verhältnis von karitativer Aktivität und politischer Positionierung. Dabei stellte sich SODI insbesondere die Frage, ob Reflexionen über die »Solidarität« auch das kapitalistische System infrage stellen sollten.⁸¹ Immer häufiger merkten SODI-Vertreterinnen und -Vertreter, besonders auch Carl Ordnung, ihre Sorge über die soziale Spaltung innerhalb der Gesellschaften im Globalen Süden wie auch im Norden an.⁸² In seinen Empfehlungen für die Bundestagswahlen des Jahres 1998 kritisierte SODI entsprechend das Grassieren eines »Manchester-Liberalismus« im eigenen Land, der zur »Zementierung wirtschaftlicher Rückständigkeit ganzer Regionen in den neuen Bundesländern« führe.⁸³ Die Verbindung zwischen den heimischen Bedingungen und internationalen Aufgaben durch den globalen Kapitalismus wurde zusehends zur »Grundaussage des Begriffes der Solidarität«.⁸⁴

»Solidarität« sollte bedeuten, im Ausland wie im rot-grün regierten Deutschland Widerstand gegen neoliberale Politik zu organisieren.⁸⁵ Die Vertreterinnen und Vertreter SODIs sahen Sozialkürzungen und Deregulierungen sowie deren Folgen in Deutschland⁸⁶ als das Einreihen des Landes in globale Entwicklungen.⁸⁷ Im Jahr 2001 trat SODI dem Attac-Netzwerk in Deutschland bei, das spezifische politische Kritiken des globalen Kapitalismus bot.⁸⁸ Attac als »Volksbildungsbewegung« sollte einen Beitrag zu »Veränderungen bei uns« leisten, dies sei »langfristig auch eine echte Hilfe für die Armen in den Ländern, denen wir uns in Solidarität verpflichtet wissen«.⁸⁹ Indem er die Herausforderungen in Deutschland aus der Perspektive internationaler Entwicklungen in den Blick nahm, präsentierte SODI die internationale Solidarität auch als eine Möglichkeit zur Verbesserung der heimischen Situation. Diesen allseitigen Verknüpfungen entsprechend machte SODI auf die Notwendigkeit einer globalen Koalition der Benachteiligten aufmerksam.⁹⁰

SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer bemerkten, Grund für ihr Engagement sei der Widerstand »in zivilgesellschaftlichen Netzwerken – wie attac – gegen eine hemmungslose Globalisierung [...] weltweit und vor unserer Haustür«, welcher

81 Vgl. zum Beispiel *Carl Ordnung*, Reichtum ab einer bestimmten Grenze ist kriminell, in: SODI-Report, 1995, Nr. 1, S. 5.

82 Vgl. zum Beispiel *Carl Ordnung*, Gefahren für das Versöhnungsexperiment Südafrika, in: SODI-Report, 1998, Nr. 1–2, S. 2; Solidarität heißt Widerstand mobilisieren, in: SODI-Report, 1999, Nr. 1, S. 10.

83 Wahlkampf – Zeit zur Einmischung, in: SODI-Report, 1998, Nr. 4, S. 11.

84 SODI vor neuen Herausforderungen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 1, S. 3–4.

85 Vgl. zum Beispiel *Carl Ordnung*, Alte Schwierigkeiten und für uns neue Aufgabe, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 2.

86 Vgl. zum Beispiel *Carl Ordnung*, Dient die Wirtschaft noch dem Leben?, in: SODI-Report, 2003, Nr. 4, S. 14.

87 Vgl. *Juliane Meinhold*, Neues von Attac: Agenda 2010 – Deutschland reiht sich ein, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 12.

88 Vgl. zum Beispiel *Hans-Jürgen Ebert*, SODI-Mitgliederversammlung 2001, in: SODI-Report, 2001, Nr. 3, S. 8.

89 *Carl Ordnung*, Grenzenlose Gier, in: SODI-Report, 2004, Nr. 2, S. 9.

90 Vgl. *Peter Ensikat*, Neues von Attac: Solidarität in Zeiten der Globalisierung, in: SODI-Report, 2004, Nr. 4, S. 13.

über die typischen Betätigungen von Entwicklungsorganisationen hinausgehe.⁹¹ Auch SODIs Führung wurde sich des Erfolgs dieses umfassenden Ansatzes bewusst, so »sei der Verein für viele seiner Mitglieder auch politische Heimat«. ⁹²

In der Organisation des Attac-Netzwerks nahm SODI keine bedeutsame Rolle ein. Für SODI repräsentiert das Netzwerk aber einen generationenübergreifenden Ansatz politischer Kritik: Eine der für das Namibia-Projekt aktiven Studierenden personifizierte als Vorstandsmitglied von SODI und Engagierte bei Attac dabei die direkte Verbindung. Die Positionierungen von Attac wurden von älteren SODI-Vertretern und -Vertreterinnen, allen voran Carl Ordnung, begierig aufgenommen und weiterverbreitet. Attac bot nämlich eine erneuerte und zeitgemäße Möglichkeit der wissenschaftlich fundierten Kritik an den globalen ökonomischen Verhältnissen.⁹³

V. »Wie ein Lagerfeuer mit Freunden«:⁹⁴ Der Sinngehalt der Solidarität

SODIs Solidarität umfasste in ihrem breiten Anspruch die Kritik des Zeitgeists, so die Klage über die »Gleichgültigkeit, Ellbogenmentalität und das Desinteresse am Schicksal anderer Menschen und Völker«⁹⁵, da der »Dollar zum Leitgestirn der Welt und die persönliche Bereicherung der Sinn des Lebens zu werden droht[en]«. ⁹⁶ SODI identifizierte eine »Gesellschaft, in der Solidarität zum Hemmnis im Konkurrenzkampf, zum Fremdkörper im gesellschaftlichen Wertesystem, zum scheinbar unerschwinglichen Luxus« geworden zu sein schien.⁹⁷ Diese Gefühle wurden von den internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten als Kronzeugen bestätigt, die ein harmonisches Bild der DDR zeichneten. Die libanesische Stipendiatin Jurdi Shahnaz reflektierte etwa: »1989 dann der Mauerfall. [...] Jeder hat sich Sorgen um seine Zukunft gemacht. Das Leben wurde stressig. Überall lauerte die Bürokratie. Da ging es uns Ausländern genauso wie den Deutschen.«⁹⁸

SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer betonten die emotionale Wohltat und die Gemeinschaft, die sich aus dem eigenen Engagement und der Aktivität bei SODI als Alternative zu den attestierten Problematiken des Postsozialismus ergaben.⁹⁹ Eine Verfasserin stellte beispielsweise klar: »Ich weiß nun, daß ich nicht allein bin [...]. Sie haben meine Sehnsucht in praktische Menschenhilfe umgesetzt.«¹⁰⁰ Eine weitere

91 Martin Pamp, Neues von Attac: Globalisierungswahn verlangt nach Antworten, in: SODI-Report, 2004, Nr. 3, S. 13; Hans-Jürgen Ebert, Vermächtnis für internationale Solidarität, in: SODI-Report, 2003, Nr. 4, S. 7.

92 Mitgliederversammlung 2005: Internationale Solidaritätsarbeit unverzichtbar, in: SODI-Report, 2005, Nr. 3, S. 3–5.

93 Diese Bewertung beruht auf Interviews mit ehemaligen SODI-Mitarbeitern und -Mitarbeiterinnen.

94 Annerose Höche, Eine menschlichere Welt, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 11.

95 Erwin Seiffert, Die »normale« menschliche Solidarität nicht vergessen, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 7.

96 Rudolf Oelschlägel, Herzen öffnen, in: SODI-Report, 2002, Nr. 4, S. 3.

97 Neue Mitstreiter gesucht, in: SODI-Report, 1997, Nr. 4, S. 2.

98 »... wenn ich so wenig stolz auf mein Land wäre«, in: SODI-Report, 1997, Nr. 3, S. 6.

99 Vgl. zum Beispiel Anneliese Weisleder, Internationale Solidarität nahe bringen, in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 6.

100 Ingeborg Bergland, Die Postmappe: Freude über den Friedensnobelpreis, in: SODI-Report, 1997, Nr. 6, S. 11.

Korrespondentin beobachtete: »SODI ist wie ein Lagerfeuer mit Freunden: Es schenkt Wärme, Licht, Hoffnung und Lebensfreude und hilft – in schweren Zeiten – zu überleben. Wir müssen nur darauf achten, dass dieses Feuer niemals verlöscht.«¹⁰¹ Ein anderer Sympathisant erklärte die Übersetzung der Solidarität in Handlungsmacht: »Man hat das gute Gefühl, all dem existierenden Unrecht nicht so völlig hilflos gegenüber zu stehen, sondern gemeinsam dagegen etwas tun zu können. So hilft unsere Hilfe für andere Menschen auch uns selbst, gibt unserem Leben einen Sinn.«¹⁰²

Die Annahme weitreichender globaler politischer und ökonomischer Verbindungen war typisch für SODI. Dementsprechend artikulierten Vertreterinnen und Vertreter Interpretationen geteilter Ausgesetztheit und Betroffenheit. Menschenrechtsbeschränkungen im Globalen Süden erschienen Ostdeutschen als bekannt, da die »Verletzung der garantierten Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] im Ergebnis [...] des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland praktiziert« würde.¹⁰³ Häufiger war jedoch der Bezug auf eine geteilte ökonomische Marginalisierung. Unter Verweis auf die negativen Effekte einer globalisierten Wirtschaft wurden die Lagen in Deutschland wie auch im Ausland verlässlich von Schreibenden für SODI verbunden:

»Wichtig ist nur, daß man nicht bei denen spart, die sich ohnehin am Rande des Existenzminimums bewegen. Das trifft sowohl für die Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger und Pflegebedürftigen im eigenen Land zu, wie natürlich erst recht für die Millionen Hungernden, Vertriebenen und Entrechteten in der Dritten Welt. Leider wird aber beides in Bonn praktiziert. Vorbei sind die blumigen Sprüche für die Ostdeutschen wie auch die beschwichtigenden Versicherungen für die Menschen in der Dritten Welt.«¹⁰⁴

Die Vergleichbarkeit persönlicher Leidenserfahrungen als Begründung von Solidarität wurde nicht nur mit Blick auf ökonomische Strukturen, sondern auch im Fall von Naturkatastrophen angerufen. Flutopfer in Deutschland erklärten entsprechend ihre gestiegene Spendenbereitschaft aufgrund ihrer eigenen Erfahrung von Unterstützung.¹⁰⁵ Auch in der Diskussion von biografischen Hintergründen sowohl in Armut als auch Flucht und Krieg erschienen Parallelen: Ältere Spenderinnen und Spender an SODI beschrieben ihr Verpflichtungsgefühl, die ihnen einst gewährte antifaschistische und proletarische Solidarität zu erwidern. Eine im engeren Sinne historisch-politisch begründete Verpflichtung zur reziproken Solidarität schien in der Notwendigkeit zur Wiedergutmachung von Kriegsschuld und der Vergeltung sowjetischer Wiederaufbauhilfe zu liegen.¹⁰⁶

Die Betonung der geteilten Betroffenheit durch globale soziale Prozesse und der Vergleichbarkeit von persönlichen Erfahrungen diente der Mobilisierung von Solida-

101 Annerose Höche, Eine menschlichere Welt, in: SODI-Report, 2002, Nr. 1, S. 11.

102 Jupp Jeschke, Die Postmappe: Eine gute Tradition, in: SODI-Rundbrief, 1997, Nr. 4, S. 7.

103 Hans-Jürgen Ebert, Menschenrechte auf dem Prüfstand, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 4, S. 3.

104 I. Retep, Entwicklungsetat – ein Steinbruch, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 1, S. 5.

105 Vgl. zum Beispiel Ilona Schleicher, Elbe-Flutopfer werden Brunnenpaten, in: SODI-Report, 2003, Nr. 3, S. 6.

106 Vgl. zum Beispiel Thomas Schubert, Solidarität bedeutet überleben, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 1, S. 1–2; Franz Viergutz, Solidarität Lebensmaxime, in: SODI-Rundbrief, 1993, Nr. 3, S. 7.

ritätshandlungen. Entsprechend reflektierten viele Unterstützerinnen und Unterstützer die persönliche Situation in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft als Begründung für die eigene solidarische Haltung und zeigten sich die Schreibenden mit dem damit einhergehenden Opfer einverstanden. Die 13-jährige Verfasserin eines Leserbriefs erklärte etwa: »Wir teilen gern. Auch wenn wir nicht viel Platz haben und wenig Essen da ist. [...] Auf mich ist Verlass!«¹⁰⁷

Gleichzeitig begründeten andere Unterstützende die Einstellung ihrer Spenden mit ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Arbeitslosigkeit¹⁰⁸, obschon sie nach wie vor mit SODIs Mission im Einklang ständen. Die Verfasserinnen und Verfasser von Briefen warfen dabei ein Dilemma zwischen Deutschland und dem Ausland auf: »Außerdem breitet sich in unserem Land auch Not und Armut aus. Da sollte man zuerst helfen.«¹⁰⁹ SODI sah sich daher mitunter genötigt, die Probleme seiner Unterstützerinnen und Unterstützer in Deutschland zu relativieren und erinnerte an die »eingegangenen Verpflichtungen«: »Wir möchten Sie herzlich bitten, die weit schlechteren Bedingungen der Menschen in der Dritten Welt und Osteuropa über den eigenen ökonomischen und sozialen Problemen nicht zu vergessen.«¹¹⁰

In Einzelfällen stellten die Leserbriefschreibenden die Verantwortung der sozio-ökonomisch herausgeforderten Ostdeutschen zur Solidarität aber auch gänzlich infrage: »Es ist ja auch nicht leicht, von Wenigem [...] etwas abzugeben, während es -zig Millionäre gibt [...], die keinen Gedanken an solidarische Hilfe verschwenden.«¹¹¹ Verbunden mit solchen Diskussionen über Verantwortlichkeiten war schließlich die Frage veränderter Zugehörigkeiten. Ostdeutsche Unterstützende rangen mit ihrer neuen Identität als Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland: »Daß wir als Neubundesbürger nunmehr auch an der ungeheuerlichen Ausplünderung anderer Völker teilhaben, ist eine äußerst bedrückende und beschämende Tatsache.«¹¹²

VI. Fazit

In den Jahren 2000 und 2002 sandte die pensionierte evangelische Pastorin Renate Müller aus Suhl zwei Briefe an SODI, die sich mit dem Problem andauernder Solidarität unter bundesrepublikanischen Bedingungen eingehend auseinandersetzten. Müller schaute zunächst auf die Vereinsgründung zurück: »Aber ihr seid so bald wieder aufgestanden! Mitten in allen Diskriminierungen und Diffamierungen. [...] 10 Jahre lang habt ihr den Mut bewiesen, nicht aufzugeben [...] und nicht zuletzt mit den Schwierigkeiten in unserem eigenen Land.«¹¹³ Dieses Lob reflektierte, wie SODI-Unterstützerinnen auf ihre globale Solidarität mit ostdeutschen Realitäten im Sinn schauten

107 Meinungen, in: SODI-Rundbrief, 1991, Nr. 2, S. 3.

108 Vgl. zum Beispiel Rainer Gladwitz, Die Postmappe: Arbeitsplatzverlust, in: SODI-Report, 1994, Nr. 5, S. 7.

109 Kühn, Im eigenen Land helfen, in: SODI-Report, 1996, Nr. 5, S. 7.

110 SODI-Wahlprüfsteine 1994, in: SODI-Report, 1994, Nr. 2, S. 4.

111 Annerose Höche, Internationale Solidarität: tut guts, in: SODI-Report, 1995, Nr. 6, S. 11.

112 Siegfried Forberger, Aus der Postmappe: Unterschriftenaktion zum Schuldenerlaß gewürdigt, in: SODI-Report, 1998, Nr. 6, S. 9.

113 Renate Müller, Internationale Solidarität ist weit, weit mehr ..., in: SODI-Report, 2000, Nr. 2, S. 3.

und SODIs Widerständigkeit als ermächtigende Opposition schätzten. Solidarität als Alternative zu der politischen Entfremdung im wiedervereinigten, wieder kapitalistischen Deutschland – dem neuen und alten System – war in seiner Bedeutung umfassend: »Solidarität ist ein neues Bewusstsein, eine ganzheitliche Lebenshaltung – befreiend in Richtung Gerechtigkeit, parteiliche Gerechtigkeit [...]. Sie wächst im Schoße des alten Systems durch Erfahrungen und Wissen und deren kritische Verarbeitung.« Solidarität umschließe so auch eine Vision: »Sie lebt und weist gleichzeitig weit über sich hinaus.«

Müllers zweiter Brief entsprach einem anderen Moment, da sie ihn als schockierte Antwort auf den US-amerikanischen Krieg in Afghanistan verfasste: »Meine Internationale Solidarität war mir total zweifelhaft und sinnlos, ja unsinnig geworden.«¹¹⁴ Trotzdem fand die Pastorin auch einen Weg, mit der Verzweiflung umzugehen: »Ich muss verstehen, wie unser neoliberalistisches, kapitalistisches System funktioniert und uns alle in seinem Griff hat – auch im Todesgriff.« Gleichzeitig verknüpfte sich ihre weitreichende Kritik wiederum mit konkreten Lebenspraktiken und Gemeinschaft(-ssinn) als Möglichkeiten, ihre Frustration zu überwinden. Hier wird am deutlichsten, dass SODIs Solidarität eine starke und unmittelbare ethische und emotionale Bedeutung hatte: »Aber Verstand und Wissen ist nicht alles. Erst als ich mich wieder den leidenden Menschen zuwenden konnte und mich nicht scheute, mit ihnen mitzuliden, habe ich begriffen, worauf es genauso ankommt. Ich nenne nur ein Wort: Solidarität.«

Müllers Vorstellungen der Solidarität und von SODIs Rolle zeigen die Vielfalt der möglichen Adaptionen dieser Idee. Es wird deutlich, dass die Solidarität beträchtliches Potenzial hatte, SODIs Anhängerinnen und Anhänger in aus der Fassung geratenen Zeiten rückzuversichern. Während viele andere Dimensionen der vormals staatlich gebilligten Weltsicht der DDR mit dem Staatssozialismus ihren Bankrott zu erklären hatten, verließen sich SODI-Unterstützerinnen und -Unterstützer weiterhin auf die Vorstellung der Solidarität als ideologische Ressource. Mit der Solidarität war es möglich, eine Alternative zum Status quo in eine als unfreundlich wahrgenommene Umwelt zu projizieren. Dies ist auch der Grund, warum die Auseinandersetzung mit der Treuhandanstalt ein Schlüsselmoment für die Deutung von SODIs Rolle ist: Dieser Streit betonte den unzeitgemäßen Charakter des Vereins und zeigte gleichzeitig, dass Widerstand gegen eigentlich übermächtige gesellschaftliche Kräfte erfolgreich sein konnte. Durch SODIs andauernden vielgestaltigen Aktivismus erneuerte sich diese widerständige Haltung über die Jahre beständig.

In ihren historischen Verknüpfungen zum Klassenkampf ist Solidarität eine parteiliche Idee und SODIs politische Agenda in Gegnerschaft zu ökonomischer Ordnung und Krieg zeigt diesen Umstand in beispielhafter Weise auf. Hiervon abgesehen und vielleicht wichtiger als dieses politische Widerstandsangebot schuf SODIs Solidarität auch entsprechende Gemeinschaften geteilter Zugehörigkeit. Diese Gemeinschaften konnten von unterschiedlicher Reichweite sein, international – beispielsweise durch den Einschluss in eine weltweite Koalition gegen Landminen – aber auch national – beispielsweise in der gemeinschaftlichen Opposition der deutschen Zivilgesellschaft

114 Renate Müller, Sind wir Mittäter im Afghanistan-Krieg?, in: SODI-Report, 2002, Nr. 2, S. 9.

gegen bundesdeutsche Politik, aber auch durch das Bekenntnis zu der nationalen Verantwortung für koloniale Verbrechen in Namibia.

Häufig blieb die Zugehörigkeitsgemeinschaft in ihren Anliegen im engeren Sinne ostdeutsch und auf die antiimperialistische Solidarität bezogen. Dies zeigte sich an SODIs Rolle als Forum zur Reklamation der Rechtschaffenheit vergangener DDR-Solidarität, aber auch in dem Fokus auf spezifische Erfahrungen ostdeutscher Transformation. Hier verband sich die Solidarität mit der unmittelbaren Umwelt vieler ihrer Unterstützenden und erschien am dringlichsten notwendig. Die Verbundenheit in Solidarität war von großer emotionaler Bedeutung für jene, die in ihr »Wärme« und Stärke fanden. »Praktisch gelebte Solidarität«¹¹⁵ und konkrete Erfahrungen waren der Ausgangspunkt für die weiterreichenden Fragen und Räume, die internationale Solidarität des Vereins explizit adressierte. Scheinbar unbegrenzte, transnationale Solidarität war daher möglich als eine Konsequenz enger gefasster Solidaritäten, in denen sie fest verankert war, als auch der dargestellten Identifikation eines gemeinsamen Gegners. Dies galt besonders klar für die Beschreibung arbeitsloser Ostdeutscher als Teil einer globalen Koalition der Armen gegen die Reichen.

Während sich hier die transnationale Solidarität als »Gemeinschafts-Solidarität« innerhalb einer Gruppe darstellt, zeigt sich die Solidarität auch als »Kampf-Solidarität« mit einer anderen Gruppe.¹¹⁶ Letztere wird besonders im karitativen Humanitarismus des Vereins deutlich. Der einseitige Spendenfluss zwischen ostdeutschen Gönnern und ihren Begünstigten positionierte diese schließlich als kategorisch verschieden. Außerdem spiegelte der humanitäre Aktivismus Verhandlungen gewandelter Positionierungen: Die Solidarität wies die gemeinsame Vergangenheit im Staatssozialismus ebenso aus wie ostdeutsche Annahmen einer neuen, allerdings konfliktiven Zugehörigkeit zum Westen.

Die Praxis der Solidarität in karitativer Arbeit und Entwicklungsprojekten half also, die soziale und politische Identität von Ostdeutschen zu stabilisieren. In der Werbung neuer Mitglieder wurde ihnen die ermächtigende Rolle des »Anwalt[s] unzähliger verarmter, ausgepresster und entrechteter Menschen in vielen Ländern« geboten.¹¹⁷ Diese Unterstützung stellt damit eine hierarchisierte Variation von Beziehungen dar, die in Spannung zu der häufig angenommenen Horizontalität von Solidarität steht.

Konzeptionelle Annäherungen an »Solidarität« betonten ihre Widersprüchlichkeit und die Spannungen in ihren Ideen und Praktiken. SODIs Fall zeigt beispielhaft, wie Solidaritäten innerhalb und zwischen Gruppen, horizontale und hierarchisierte Beziehungen, reziproke und einseitig ausgerichtete Verbindungen, als auch die unmittelbare Umgebung und ein globalerer Kontext miteinander verschränkt waren.

Über konzeptionelle Fragen hinaus bieten SODIs Positionierung und Entwicklung einen wichtigen Kontrast im Vergleich zu üblichen Vereinigungsnarrativen, die eine Überwältigung der Ostdeutschen betonen. SODIs Kurs verdeutlicht stattdessen die Möglichkeiten und Mittel von Akteuren der ostdeutschen Gesellschaft, ihren eigenen postsozialistischen Ausgleich mit ins Werk zu setzen. Gleichzeitig macht eine Geschichte wie die des Vereins es möglich, die tatsächlichen Heraus- und auch Überfor-

115 Erwin Seiffert, Die »normale« menschliche Solidarität nicht vergessen, in: SODI-Report, 1995, Nr. 4, S. 7.

116 Kurt Bayertz, Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt am Main 1998, S. 49.

117 Wir freuen uns auf Sie!, in: SODI-Report, 1999, Nr. 2, S. 11.

derungen detailliert nachzuverfolgen und die Begrenzungen der Handlungsmöglichkeiten sorgfältig abzumessen. Damit ermöglichen sie erst die fundierte Wertschätzung des Handelns dieser Akteure.

SODIs Kurs war nicht bloß revisionistisch und nicht nur ein Nachklingen der DDR-Solidarität. Stattdessen oszillierten »die Nachleben der Solidarität«, als Fortleben, zwischen den Nachwirkungen eines einstmaligen staatsoffiziellen Rahmens sowie den Diskussionen von Alternativen im Sozialismus und ihren Begrenzungen durch das politische Geschäft zur Zeit der deutsch-deutschen Vereinigung. In der Fortführung der Solidarität durch SODI glichen sich diese vergangenen Eindrücke schließlich mit zeitgenössischen Einflüssen des vereinigten Deutschlands aus.

SODIs Aktivitäten verdeutlichen die materiellen wie ideologischen Transformations- und Beharrungskräfte der postsozialistischen Gesellschaft. Zusammengekommen zeigt die Vereinsentwicklung bemerkenswerte Kompatibilitäten im vereinigten Deutschland – beispielsweise in der Neuorientierung als NGO der Entwicklungszusammenarbeit –, aber auch Inkompatibilitäten – beispielsweise in der politischen Konfrontation mit dem deutschen Staat. Diese Einflüsse nahmen in ihrer akuten Bedeutung im Lauf der Zeit ab, verloren dabei aber nicht ihre grundsätzliche Bedeutung für die Setzung der Koordinaten von SODI.

Dieser Beitrag hat die Prozesse dieses Zusammenspiels untersucht und damit ein Fenster zur Inwerksetzung postsozialistischer Kompromisse in der ostdeutschen Gesellschaft geöffnet. Die Aktivitäten und das Engagement wurden von unmittelbaren Beziehungen und Erfahrungen von DDR-Bürgerinnen und -Bürgern mit der internationalen Solidarität sowie von Ostdeutschen in der Transformationsgesellschaft des vereinigten Deutschlands entscheidend mitgeprägt. Mit der Entfernung des Vereins von diesen spezifischen Eindrücken, etwa in Projekten »nachhaltiger Entwicklung« in Namibia oder im Verhältnis zu der globalisierungskritischen Bewegung, wirkten sie weiter, verstärkt aber unterschwelliger. Meine Erkenntnisse machen daher deutlich, wie das Erbe der ostdeutschen Solidarität SODIs Wirken nachhaltig bestimmt hat, wie es in diesen Nachleben trotz aller Verkrampfungen aber genauso aufgegangen ist.